



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/275 - 30.11.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Des Kanzlers Wunsch nach blinder Gefolgschaft	S. 1
Das nordische Atomforschungsinstitut	S. 3
Vertagte Entscheidung bei der FDP	S. 5
<u>Nachtrag:</u> Kommuniqué über die gemeinsame Sitzung des Partei- und Fraktionsvorstandes	

Adenauer und die deutsche Demokratie

U.I. Vor wenigen Tagen hat sich der Bundeskanzler in einer Rundfunkansprache an seine Landsleute für die Genesungswünsche bedankt, die ihm während seiner Krankheit zugegangen sind. Wir glauben dem Kanzler gerne, dass ihn die Anteilnahme seiner Freunde bewegt hat, und auch wir wissen einen deutlichen Unterschied zu machen zwischen der Politik des Bundeskanzlers und dem Privatmann Adenauer. Dennoch sei hier an den Kanzler nachdrücklich die Bitte gerichtet, einen solchen privaten Dank nicht in einer Form abzustatten, der die Vermutung nahelegt, dass damit zugleich politische Absichten verbunden werden. In der Rundfunkansprache des Kanzlers fehlen nicht die lieben Kinderchen, der alte Herr, die Heimkehrer und der Jude aus Israel. Dr. Adenauer sollte es verstehen, wenn uns die Form seines Dankes peinlich berührt, denn er weiß ebenso wie wir, welche Vergleiche zu ziehen hier möglich sind.

Wir meinen, dass die deutsche Öffentlichkeit und die politischen Freunde des Kanzlers ohnehin zu sehr im Schatten seiner persönlichen Politik stehen. Woran liegt es z.B., dass selbst innerhalb der größten Regierungspartei, der CDU, bisher kaum eine offene und freie Diskussion geführt worden ist, obwohl manche private Äußerungen auch führender CDU-Politiker bekannt sind, die ihr Ja zur Außenpolitik des Kanzlers nur mit großen Bedenken aufrechterhalten. Wie ist es zu erklären, dass die Parteitage der CDU nicht ein Parlament dieser Partei sind, wo frei und leidenschaftlich um die richtige politische Erkenntnis gerungen

wird, sondern eine Versammlung, die ihre vornehmste Aufgabe darin sieht, dem Kanzler Huldigungen darzubringen?

Es mag sein, dass Adenauer sich Sorgen macht wegen des deutschen Nationalismus, dass er andere Gefahren für unseren Staat sieht. Aber glaubt er im Ernst, unserer jungen Demokratie ein stabiles Fundament bauen zu helfen, wenn er seine Partei zu blinder Gefolgschaft zwingt und seine anderen Partner wie die FDP zu unterjochen sucht? Können wir annehmen, dass Adenauer tatsächlich der Meinung ist, auf diese Weise das demokratische Selbstbewußtsein des deutschen Volkes zu stärken?

Adenauer ist ein alter Mann. Wir gehören nicht zu denen, die sich eine politische Chance für den Zeitpunkt ausrechnen, wo er nicht mehr da ist, sondern wir bekämpfen seine Politik hier und heute. Und wir möchten ihn und die deutsche Öffentlichkeit davor warnen, alles politische Geschehen in der Bundesrepublik nach wie vor ausschließlich auf seine Person beziehen zu wollen. Es ist schlimm, dass selbst ernsthafte deutsche Zeitungen seit Monaten Dr. Adenauer zu ermuntern versuchen, er möge doch endlich bekanntgeben, wen er zu seinem Nachfolger erkoren habe. Was ist das für eine Nation, die die Sorge für den nächsten Kanzler so völlig dem gegenwärtigen Regierungschef überlassen will? Und welche Mißachtung des Parlamentes kommt in einer solchen Betrachtung zum Ausdruck, welche Geringschätzung für die CDU als Partei zeigt sich in dieser hilflosen Geste, abgesehen davon, dass es keineswegs ausgemacht ist ob auch der nächste Bundeskanzler ein Mann der CDU ist.

Dabei wird natürlich niemand Adenauer das Recht bestreiten, sich seinerseits Gedanken über die Zeit nach seiner Kanzlerschaft zu machen und anderen zu empfehlen, sich seinen Vorstellungen anzuschließen. Aber der jetzige Bundeskanzler wird kaum in der Lage sein, sich bei solchen Ratschlägen frei zu machen von seiner Art, Politik zu betreiben. Adenauer aber ist ein Mann, der seine entscheidende Prägung vor und nach dem ersten Weltkrieg erhalten hat. Die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts stellt jedoch auch das deutsche Volk vor ganz neue und schwierige Aufgaben, die sich mit den Problemen in den ersten Jahrzehnten unseres Saekulums nur bedingt vergleichen lassen.

Die meisten deutschen Politiker, die heute das Geschick unseres Landes maßgeblich bestimmen, werden uns nicht mehr länger als höchstens zehn Jahre zur Verfügung stehen. Es ist deshalb notwendig, dass wir uns Gedanken darüber machen, woher die deutsche Demokratie einen politischen Nachwuchs gewinnen kann. Das Deutschland der Zukunft kann nicht von einem Mann, es muß von einer Arbeitsgemeinschaft fähiger Köpfe regiert werden. Das sollten nicht nur die Gegner Adenauers erkennen, sondern auch er selber und seine Freunde!

Skandinavien und das Atomzeitalter

R.A. Im jetzt zu Ende gehenden Jahr ist in Skandinavien das Atomzeitalter eingezogen. Das gilt hinsichtlich der friedlichen Verwendung von Atomenergie, des Schutzes der Bevölkerung vor einem möglichen atomaren Luftkrieg, sowie des "inneren Gefüges" der Streitkräfte.

Der Nordische Rat hat die Errichtung eines Atomforschungszentrums am Stadtrand von Kopenhagen beschlossen. Der weltbekannte dänische Atomphysiker und Nobelpreisträger Niels Bohr ist mit den Vorbereitungen beschäftigt. Alle vier skandinavischen Staaten wollen rund 100 Millionen Kronen aufbringen, damit das moderne Atomforschungszentrum entstehen kann. Nach dem Wunsch der Regierungen soll es ausschließlich friedlichen Zwecken gewidmet werden. Niels Bohr hat den Auftrag auch nur unter dieser Voraussetzung übernommen.

Zur Speisung der beiden in Kopenhagen zu errichtenden Atomreaktoren werden sechs Kilogramm Uran 135 aus der USA und weitere Sendungen aus Großbritannien kommen. Inzwischen sind in Schweden gewältige Uranlager entdeckt worden und in Norwegen haben die Männer mit den Geigerzählern außerdem noch Thorium festgestellt. Die Fundstätten befinden sich im hohen Norden bei Anrendal, Brevig und Yiterty. Das Kopenhagener Atomforschungszentrum soll später aus diesen eigenen Reserven gespeist werden, um jede Abhängigkeit von großen Mächten zu vermeiden.

Inzwischen ist Schweden dabei, sich einzugraben. Die gewaltigen Granitgebirge ermöglichen den Bau von Luftschutzanlagen, welche die Chance bieten, einen Atomkrieg zu überstehen. Die Stadtverwaltung von Stockholm hat Pläne fertiggestellt, wonach 400 000 Menschen - das ist die Hälfte der Bevölkerung der schwedischen Metropole - in einer unterirdischen zweiten Stadt, über der 50 m gewachsener Fels liegt, untergebracht werden kann. Es sind Bunker mit rund tausend Räumen in vier Stockwerken vorgesehen, welche hochmoderne Luftfilteranlagen besitzen, um das Eindringen radioaktiver Luft zu verhindern.

Die Schweden haben eine neuartige Methode entwickelt, die es im Zusammenspiel von Preßluft, Dynamit und Großbohrern ermöglicht, mit

geringsten Kosten in die harten Granitgebirge einzudringen. Bereits eine Million Schweden besitzen ihren festen Bunkerplatz. Die Bunkerräume dienen in Friedenszeiten als Fabrik- und Lagerräume. In Göteborg gibt es sogar eine sieben Stockwerk tiefe unterirdische Anlage, die zum Teil ein gutgehendes Hotel beherbergt.

Die skandinavischen Militärs sind sich darüber im klaren, dass eine Armee im Atomkrieg aus selbständig denkenden und handelnden Soldaten bestehen muß. Die Ausbildung zum selbständigen Denken und Handeln bedingt aber eine grundlegende Veränderung der Ausbildungsvorschriften. Der Soldat muß als Persönlichkeit und Mensch geachtet werden. So hat denn Schweden bei allen Waffengattungen die Grupppflicht außerhalb des Dienstes aufgehoben, eine Dienstzeit von 48 Stunden je Woche festgelegt und allen Einheiten "Sozialassistenten" beigegeben. Diese Assistenten beraten die Soldaten in privaten oder dienstlichen Fragen.

In Norwegen hat man eine andere Folgerung aus dem "angebrochenen Atomzeitalter" gezogen. Dezentralisierung ist Trumpf. Es gibt nur zwei herkömmliche Truppenverbände, aber hunderttausend Heimwehrleute, die gut ausgebildet sind und ihre Waffen mit nach Hause nehmen. Alle Manöver, die sie jährlich mitmachen müssen, gehen von der Vernichtung des eingedrungenen Gegners aus. Der Partisanenkrieg wird geübt. Auch Dänemarks Armee ist dabei, die Konsequenzen aus dem Atomzeitalter zu ziehen. Das bedeutet für diesen kleinen skandinavischen Staat den Abbau des Massenheeres, den Aufbau einer ganz kleinen schlagkräftigen Spezialarmee und die Ausbildung vieler Heimwehrleute.

Auf dem Gebiet der Atomforschung besitzt Schweden in Prof. Arvid Hedvall von der Technischen Hochschule in Göteborg und Dr. Torsten Magnusson von der schwedischen Verteidigungsforschungsanstalt zwei anerkannte Fachleute. Die Warnungen von Hedvall vor den erböiologischen Gefahren eines möglichen Atomkrieges, die dieser Tage ausgesprochen wurden, haben großes Aufsehen hervorgerufen. Hedvall sagte wörtlich:

"Die geringe Menge natürlicher Radioaktivität auf unserer Erde ist für viele Mißbildungen bei jetzt lebenden Wesen verantwortlich. Was die Gelehrten fürchten ist, dass H-Bombenexplosionen die natürliche Radioaktivität der Erde so vermehren werden, dass, falls die menschliche Rasse überlebt, Generationen durch die dann entfesselten mysteriösen Kräfte verdorben werden. Wenn unsere Generation leichtsinnig mit radioaktiven Substanzen oder Röntgenstrahlen umgeht, werden sich die Schäden erst in hundert bis zweihundert Jahren voll zeigen." * * * - 5 -

Gleichschaltung gescheitert

sp - Die FDP wird sich in der kommenden aussenpolitischen Debatte am Freitag durch ihren Abgeordneten Becker vertreten lassen. Becker hatte seinen bisher größten Auftritt im Bundestag bei jener Saardebatte, in deren Verlauf der Bundeskanzler, tief gekränkt über einige sehr deutliche und unbequeme Wahrheiten, sich zu einer Entgegnung hinreissen liess, deren verletzenden Charakter in der FDP nicht vergessen worden ist. Insofern kann man den Auftrag gerade an Becker als eine demonstrative Geste werten.

Was den akuten schweren Konflikt zwischen FDP und Bundeskanzler anlangt, so ist zwar in der FDP die endgültige Entscheidung zunächst vertagt worden. Im Januar soll die Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden erfolgen und es ist ungewiss, ob Dr. Dehler das Amt behalten wird. Aber ausgeblieben ist die Kapitulation der FDP vor dem Gleichschaltungsverlangen des Kanzlers. Die auf Dehler angesetzten Kopffänger sowohl in der CDU, wie vor allem in der FDP selbst, hatten keinen Erfolg. Es war für die Stimmung der FDP-Fraktion bezeichnend, dass die Minister Blücher und Preussker, die an der vor Dehler geheingehaltenen Unterredung mit dem Kanzler teilgenommen hatten, Wert darauf legten, zu betonen, sie wären als Minister und nicht als Abgeordnete dem Ruf des Zürnenden gefolgt.

Immer klarer wird, dass eines der Hauptmotive für das Vorgehen des Kanzlers gegen die FDP sein Bestreben war, dem Westen erneut seine unbedingte Zuverlässigkeit und seine Autorität in der Regierung zu beweisen. Adenauers überraschende Kehrtwendung, jener "kleine Verrat" von Moskau, ist bis heute in den Hauptstädten der westlichen Welt nicht vergessen worden. So kam ihm das Verlangen der FDP nach direkten Verhandlungen mit Moskau recht gelegen, um sich, zumal nach dem Ausgange der Genfer Konferenz,

als treuster Paladin der Pariser Verträge in empfehlende Erinnerung zu bringen. Aber er wählte dabei Methoden, die gerade im Westen sehr wenig Verständnis fanden. Die brutale Art, einen Koalitionspartner mit einer gewissen Neigung zu selbständigem Denken und sogar Reden gleichzuschalten, hat peinliche Erinnerungen wachgerufen, das kommt auch in manchen kritischen Stimmen des Westens offen zum Ausdruck.

Wenn übrigens der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Krone, am Dienstag versicherte, die "Freiheit des Denkens werde, der FDP natürlich nicht verwehrt", so sagt diese Bemerkung mit erfreulicher Offenheit, was in der Regierungskoalition gerade noch erlaubt ist.

Die etwas unerwartete Härte in der Haltung der FDP geht, neben anderen Gründen, nicht zuletzt auch darauf zurück, dass in der größten Regierungspartei selbst wachsendes Unbehagen über die Willkürmethoden des Bundeskanzlers entstanden ist. Es will schon etwas heißen, wenn ein hochgestellter CDU-Politiker auf einem öffentlichen Empfang die Frage nach seiner Meinung über die Methoden des Kanzlers mit der trockenen Bemerkung beantwortete: "Wir müssen sehen, dass wir überleben, um leben zu können."

Das Ultimatum des Kanzlers an die FDP, sich zu verpflichten, für die ganze Zeit bis zu den nächsten Bundestagswahlen, auf alle kritischen Äußerungen gegen die Regierung=, das heißt die Politik des Kanzlers, zu verzichten, läuft am ersten Dezember ab. Die FDP hat sich diesem Ultimatum nicht gefügt. Es wird nun interessant sein, zu sehen, ob dem Kanzler wirklich eine etwas größere, wenn auch bisweilen unbequeme Koalition lieber ist, als eine kleinere, die sich wie Teig kneten lässt.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau

30.11.1955

Im Nachtrag

"Staatliche Einheit muss zentrales deutsches Problem bleiben"

Ollenhauer vor dem Partei- und Fraktionsvorstand
der S P D
-.-.-.-.-

"Die unbestreitbare Tatsache, dass die Ergebnisse von Genf die Chancen für eine baldige Vereinbarung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über die deutsche Wiedervereinigung erheblich vermindert haben, darf nur dazu führen, dass von deutscher Seite umso hartnäckiger darauf bestanden wird, diese deutsche Lebensfrage unter allen Umständen als vordringliche Aufgabe auf der Tagesordnung der internationalen Politik zu behalten. Auch nach Genf muss die Frage der staatlichen Einheit unter allen Umständen das zentrale deutsche Problem bleiben". Dies erklärte der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, auf einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes der Partei und des Vorstandes der Bundestagsfraktion am Dienstag, den 29.11. in Bonn.

Die Beratungen dienten einer gründlichen Analyse der Genfer Konferenz und ihrer Ergebnisse sowie der Wiedervereinigungspolitik nach Genf. Anlass war die Bundestagsdebatte am kommenden Freitag, die der Abgabe einer Regierungserklärung am Donnerstag folgen wird. Am Mittwoch wird sich die Fraktion der SPD mit der gleichen Frage befassen.

Ollenhauer erklärte bei dieser Gelegenheit weiter, die Gefahr, dass im Rahmen der internationalen Entspannungstendenzen, die ohne Zweifel weiterbeständen, die deutsche Frage einstweilen ausgeklammert werde, sei bedrückend groß. Im Hinblick darauf sei es auch nicht von entscheidender Bedeutung, sich jetzt allzu lange mit Diskussionen über den größeren oder geringeren Schuldanteil aller Beteiligten an dieser Entwicklung aufzuhalten. Der Vorsitzende der Partei bedauerte, in diesem Zusammenhang aber, dass die Bundesregierung bzw. deren Genfer Delegation sich während der Konferenz mit der Rolle des passiven Beobachters begnügt habe, gerade auch zu einem Zeitpunkt, zu dem es darauf ankam, durch eigene Initiative und praktische Vorschläge in der

Deutschlandfrage mitzuhelfen, den toten Punkt zu überwinden.

Scharf wandte sich Ollenhauer gegen gewisse Bemühungen, aus dem negativen Ausgang der Genfer Politik innenpolitisches Kapital gegen die SPD zu schlagen. Die Sozialdemokratie werde im Kampf gegen alle kommunistischen Infiltrationsversuche so wie bisher in vorderster Linie stehen, es gäbe in dieser Beziehung nicht die geringste Abschwächung ihrer bewährten Haltung. Es muß klargemacht werden, dass, wenn die Sowjetregierung annehmen sollte, es sei denkbar, dass in der Bundesrepublik sich irgendein Partner findet, der auch bereit wäre, die Wiedervereinigung unter volksdemokratischem Vorzeichen zu akzeptieren, auf keinen Fall die Sozialdemokratie dazugehören werde. Ollenhauer warnte schließlich davor, zu glauben, dass eine Wiederbelebung des europäischen Integrationsgedankens in seiner bisherigen Form mangelnde Aktivität in der Wiedervereinigungsfrage ersetzen könne.

Besonders betrüblich aber sei es, dass von seiten der Regierung bisher jeder Hinweis darauf fehle, wie sie sich nun nach dem Ende der Genfer Konferenz ihre eigene Rolle als Vertreterin der deutschen Interessen vorstelle. Ollenhauer verlangte, dass gerade auch im Hinblick darauf der Umstand so nachhaltig wie möglich genützt werden müsse, dass die Bundesrepublik jetzt direkte Beziehungen zu allen den Mächten unterhalte, ohne deren Zustimmung eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich sei.

Diese Grundgedanken in der Beurteilung der Situation nach Genf fanden, wie eine ausführliche Diskussion ergab, die volle Zustimmung der Mitglieder der beiden Körperschaften.
